

## 7.4 Wilhelminische Großmachtpolitik im Zeitalter des Imperialismus



Kaiser Wilhelm II. (1859 – 1941). Bildpostkarte von 1900.

- |                  |                                                                                                      |
|------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>1881/1882</b> | Besetzung von Tunis durch Frankreich und Ägyptens durch England; der „scramble for Africa“ setzt ein |
| <b>1890</b>      | Der Rückversicherungsvertrag mit Russland wird nicht verlängert                                      |
| <b>1894</b>      | Das russisch-französische Defensivbündnis tritt in Kraft                                             |
| <b>1904</b>      | „Entente cordiale“ zwischen Großbritannien und Frankreich                                            |
| <b>1907</b>      | Russland und Großbritannien legen kolonialpolitische Konflikte bei                                   |
| <b>Vor 1914</b>  | Zunehmende Spannungen zwischen den Großmächten in Europa                                             |

### Der Begriff „Imperialismus“

Zwar erwarb Deutschland noch unter der Kanzlerschaft Bismarcks 1884 erstmals Kolonien. Bismarcks Außenpolitik war und blieb aber auf die Aufrechterhaltung der europäischen Ordnung ausgerichtet und er selbst stand dem „Kolonialschwindel“ skeptisch gegenüber. Erst unter Kaiser Wilhelm II. trat das Deutsche Reich dann um die Jahrhundertwende mit einem neuen weltpolitischen Engagement bewusst in die Reihe der imperialistischen Mächte ein.

„Imperialismus“ bedeutet in einem allgemeinen historischen Sinn „Großreichspolitik“. So verstanden kann er auf unterschiedliche Epochen angewandt werden, in denen sich Groß- oder Weltreiche (Imperien<sup>1</sup>) ausbreiteten, „die von einem, häufig sehr kleinen und ethnisch spezifisch geprägten Kern her regiert und verwaltet werden“ (Wolfgang J. Mommsen), wie z. B. das Imperium Romanum, das Römische Weltreich.

<sup>1</sup> lat. imperium: Reich, Herrschaft

Im engeren Sinn kennzeichnet der Begriff die (direkte oder indirekte) Herrschaft wirtschaftlich-industriell hochentwickelter Mächte Europas, der USA oder Japans über weniger entwickelte Regionen der Erde. Als „klassisches Zeitalter des Imperialismus“ gelten die Jahre zwischen 1880 und dem Beginn des Ersten Weltkrieges 1914.

### Das „klassische Zeitalter“ des Imperialismus

1881/82 setzte der „*scramble for Africa*“ („Wettlauf nach Afrika“) um die noch „freien“ Gebiete auf diesem Kontinent ein. Seitdem wurde es zu einem programmatischen Ziel vieler Staaten, Gebiete außerhalb der eigenen Grenzen dem eigenen Herrschaftsbereich einzuverleiben.

Es begann ein allgemeines Streben nach Kolonien, Stützpunkten und Einflussphären. Rivalitäten zwischen den auf Expansion bedachten Ländern trugen zu Spannungen und Rüstungswettläufen vor dem Ersten Weltkrieg bei. Nicht nur Kaufleute, Forscher, Politiker und Militärs traten für die Expansionspolitik ihrer Länder ein; kennzeichnend für den Hochimperialismus wurde die Zustimmung breiter Bevölkerungsschichten.

Ältere Kolonialmächte, etwa Großbritannien, Frankreich oder die Niederlande, entdeckten den Wert ihrer Kolonialreiche neu und suchten sie zu sichern und zu erweitern. Die gilt vor allem für Großbritannien, das ein riesiges *Empire* mit militärstrategischen Stützpunkten, mehreren Siedlungsgebieten (Neufundland, Kanada, Neuseeland, Australien, Kapkolonie in Afrika) und Indien als „Juwel“ beherrschte. Andere Staaten wie das Deutsche Reich, Belgien, Italien oder die USA und Japan, das sich dem europäischen Vorbild anglich, erwarben nach 1880 zum ersten Mal koloniale Besitzungen. Afrika, dessen Inneres lange noch weitgehend unbekannt war, wurde von europäischen Kolonialmächten fast ganz aufgeteilt. Einen weiteren Schwerpunkt imperialistischen Interesses bildete der Raum des Pazifischen Ozeans.

Eine Sonderrolle spielte das zaristische Russland, das sich zwar nicht in Übersee engagierte, dem es aber gelang, seine Grenzen auf dem asiatischen Kontinent in Richtung Persien und Afghanistan sowie nach Korea und China enorm voranzuschieben. Man spricht hier vom russischen „Kontinentalimperialismus“.

### Formeller und informeller Imperialismus

Ausdrucksform des Imperialismus waren aber nicht nur das forcierte Bemühen um koloniale Erwerbungen. Neben der direkten politischen Herrschaft (*formeller Imperialismus*) brachten Kapitalinvestitionen, Vertragsdiplomatie und politischer Druck bis hin zu militärischen Interventionen auch selbstständige, aber politisch oder wirtschaftlich

schwache Staaten und Mächte wie das Osmanische Reich, China oder Republiken Lateinamerikas in die Abhängigkeit imperialistischer Länder (*informeller Imperialismus*).

### Vorgänge „an der Peripherie“

Der Ausgangspunkt für die Ereignisse in Übersee ist nicht ausschließlich im Mutterland allein zu suchen. Oft spielten auch Vorgänge „an der Peripherie“ eine Rolle. So trieben koloniale Abenteurer, weiße Kaufleute, Siedler, Militärs und Diplomaten den Kolonisationsprozess wiederholt auf eigene Faust und zuweilen gegen den Willen der heimatischen Regierung voran. Dieser sogenannte „Subimperialismus“ der „men on the spot“<sup>1</sup> wird repräsentiert von Persönlichkeiten wie *Cecil Rhodes* in der englischen oder *Carl Peters* in der deutschen Kolonialgeschichte.

Auch innere Entwicklungen in den überseeischen Gebieten beeinflussten oft das Vorgehen der imperialistischen Staaten, die z. B. eingriffen, wenn einheimische Herrscher aufgenommene Schulden nicht mehr zurückzahlen konnten. Mehrfach entschied sich das ursprünglich nur an informellem Einfluss interessierte Mutterland erst zur Errichtung einer direkten Kolonialverwaltung, wenn die zur beschränkten Zusammenarbeit bereiten einheimischen Machthaber vor Ort auf Widerstand stießen und sich nicht halten konnten.

### Technisch-industrieller Vorsprung

Die Industrialisierung mit ihren technischen Errungenschaften verlieh den imperialistischen Mächten die Voraussetzung, ihre Kolonialherrschaft und ihre Einflusszonen in schnellem Tempo über immer weitere Teile der Welt auszubreiten. Zur Überlegenheit trugen neben der Waffentechnik auch moderne Kommunikationsmöglichkeiten (z. B. Telegraf) bei, die prompte Reaktionen des „Mutterlandes“ auf Geschehnisse vor Ort ermöglichten. Moderne Verkehrsmittel wie Dampfschiffe konnten Passagiere und Waren in viel größerem Umfang und wesentlich schneller transportieren als bisher. Auch dank des 1869 eröffneten *Suezkanals* dauerte die Fahrt von England nach Indien nun nur noch etwa drei Wochen. Die in ihrer Größe und Ladefläche begrenzteren Segelschiffe brauchten auf umständlicheren, von den Windverhältnissen mitbestimmten Routen zu Beginn des 19. Jahrhunderts zum gleichen Ziel noch ein viertel Jahr.

Bedeutsam sind auch die medizinischen Fortschritte bei der Bekämpfung tropischer Krankheiten, vor allem der Malaria und des Gelbfiebers. Ohne entsprechenden Schutz wäre das Vordringen in manche Gebiete der Welt gar nicht möglich gewesen.

<sup>1</sup> hier im Sinne von „Männer an der vordersten Front“

## Ökonomische Motive für Expansionspolitik

Für die imperialistische Politik der beteiligten Staaten gibt es ein ganzes Bündel von Motiven. Bei den Zeitgenossen standen neben machtpolitisch-nationalistischen, rassistisch-sozialdarwinistischen oder humanitären auch ökonomische Argumente im Vordergrund.

Zeitgenössische Kritiker imperialistischer Politik, darunter auch die Sozialistin *Rosa Luxemburg*<sup>1</sup> oder der russische Bolschewik *Wladimir I. Lenin* (1870–1924)<sup>2</sup>, sahen in Wachstumsproblemen der kapitalistischen Wirtschaft den entscheidenden Beweggrund imperialistischer Expansion. Zuvor hielt bereits der linksliberale englische Sozialreformer *John A. Hobson* Wachstumsschwierigkeiten in der kapitalistischen Wirtschaft für den entscheidenden Antrieb des englischen Imperialismus. Die Überproduktion von Waren, vor allem aber das Fehlen rentabler Investitionsmöglichkeiten im Inland sei der Grund dafür, dass einflussreiche Wirtschaftskreise den Staat zur fortgesetzten Expansion in Übersee drängten. Diese nütze jedoch nur Einzelinteressen, nicht aber der Bevölkerung. Die zeitgenössische Kolonialagitation beeinflusste zwar die öffentliche Meinung stark mit ihrem Argument, es gelte durch Kolonien und Einflussphären die zunehmende Nachfrage nach Rohstoffprodukten zu sichern und zugleich neue Absatzmärkte für die heimische Industrie zu gewinnen. Aber die Wirtschaftsführer zeigten sich z. B. an Afrika nur bedingt interessiert. Französisches und deutsches Auslandskapital floss ganz überwiegend in nichtkoloniale Gebiete.

## Prestigebedürfnis

Ohne die Bedeutung ökonomischer Motive leugnen zu wollen, sehen andere Forscher im Imperialismus in der Zeit vor 1914 hauptsächlich eine spezifische Ausformung herkömmlicher Machtpolitik. Ein expansiver Nationalismus habe in überseeischen Kolonialbesitzungen vor allem ein Mittel zur Steigerung des nationalen Prestiges erblickt – ein entscheidendes Motiv in einer Zeit, als „Nation“ und „Nationalstaat“ zentrale Werte im politischen Denken darstellten. Vielen Zeitgenossen erschien das Ringen um Weltmachtstatus unverzichtbar, wenn man nicht in die Position einer zweitrangigen Macht zurücksinken wolle. In der verbreiteten Formel „Weltmacht oder Niedergang“ spiegelte sich ein entscheidendes Motiv des Imperialismus des Deutschen Kaiserreichs wider.

<sup>1</sup> *Rosa Luxemburg* (1870–1919; ermordet): marxistische Theoretikerin und Politikerin. Zusammen mit *Karl Liebknecht* (1871–1919) war sie Vorsitzende der 1918/19 neu gegründeten Kommunistischen Partei.

<sup>2</sup> S. S. 262 ff.

## Sozialimperialismus

Unterschiedlich gewichtet wird das Motiv des sogenannten „Sozialimperialismus“ (*Hans-Ulrich Wehler*). Hier wird in der Expansion nach außen vornehmlich der Versuch der Führungsschichten gesehen, die starken gesellschaftlichen Gegensätze im Inneren des Mutterlandes nach außen abzulenken. Koloniale Erwerbungen sollten demnach primär ein integrierendes nationales Gemeinschaftsgefühl wecken und soziale Probleme mildern, um die bestehende Ordnung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu stabilisieren („Imperialismus oder Bürgerkrieg“).

## Auswirkungen auf die Betroffenen

Fürsprecher des Imperialismus rechtfertigten das Vorgehen der weißen Nationen häufig mit der Vorstellung von der Überlegenheit der eigenen „Rasse“ und einem natürlichen „Recht der Stärkeren“, unterlegene „niedere Rassen“ zum eigenen Vorteil ausbeuten zu dürfen. Legitimiert wurde die Herrschaft über Menschen anderer Hautfarbe durch die Theorien des *Sozialdarwinismus*. Dabei wurde *Charles Darwins* Evolutionstheorie über die „Entstehung der Arten“ stark vereinfacht und auf menschliche Gesellschaften übertragen. Im „Kampf ums Dasein“ könnten sich demnach nur die weiter entwickelten und daher überlegenen Völker und Staaten durchsetzen.

Noch weiter gingen rassistische Vorstellungen, die eingeborenen Völkern jede Entwicklungsmöglichkeit absprachen und daraus eine strikte Abgrenzung der Rassen ableiteten.

Solch rassistisch-sozialdarwinistische Argumentation wurde allerdings oft abgemildert oder ersetzt durch die Berufung auf kulturmissionarische und humanitäre Verpflichtungen zugunsten des Fortschritts und der Zivilisation („Mission des weißen Mannes“; → M1). Hierzu zählte auch der Wunsch nach christlicher Missionierung und nach Abschaffung des Sklavenhandels in Afrika. Auch aus der Vorstellung heraus, man könne andere Kulturen und Völker durch die Übertragung der eigenen Zivilisation und eigener Wertvorstellungen „zu ihrem Glück zwingen“, griffen die Kolonialherren gerne in die traditionellen Lebensweisen der Menschen ein. Viele Nationen glaubten, ihnen komme eine besondere Rolle bei der Verbreitung fortschrittlicher Ideen oder der Zivilisation zu, dazu zählten nicht zuletzt die USA oder Frankreich.

Für die Achtung und Wahrung der einheimischen Kulturen bot auch dieses Denken wenig Raum. Dazu gehörten auch die willkürlichen Grenzziehungen der Kolonien, die oft keine Rücksicht auf vorgegebene Stammesgebiete nahmen. Die einheimische Kolonialbevölkerung erlebte die Wertvorstellungen und zivilisatorischen „Errungen-



schaften“ der neuen „Herren“ daher zumeist als aufgezwungene Eingriffe in ihre Lebensformen und Traditionen.

wurde. Auf eine direkte Gewaltherrschaft versuchten vor allem die Engländer zu verzichten, die ihre Herrschaft gern durch die Zusammenarbeit mit einheimischen Eliten sicherten. Bei dieser indirekten Herrschaft (*indirect rule*) konnten sie ohne hohen personellen und verwaltungstechnischen Aufwand auskommen.

## Umlauff's Welt-Museum

St. Pauli, Spielbudenplatz No. 15.

Geöffnet täglich von 11 Uhr Morgens bis 10<sup>1/2</sup> Uhr Abends.

Heute und folgende Tage!



Carl Hagenbeck's neueste

## Singhalesen-Truppe

Männer und Frauen (Einwohner der Insel Ceylon)

besitzt Tausendstücker, Vafalyskauer, Biechikauer, Tongkauer & Co. von der singhalesischen Zwergin „BERAMA“ 28 Jahre alt und 80 Centimeter hoch.

Die Singhalesen erziehen in ihrer Nationaltracht und probieren sich in ihren heiligen Gesängen, Tänzen und pflanzenhaften Taten.

Ausstellung anthropologisch-zoologischer

## Prachtgruppen,

in Hamburg noch nie gesehen!

Grosse ethnographische Sammlungen aller Welttheile.

Eintritt 50 Pfg. Kinder unter 12 Jahren 25 Pfg. Die Direction.

Werbeplakat für eine Singhalesen-Völkerschau im Hamburger Umlauff's Welt-Museum.

Farblithografie und Buchdruck, um 1883/84.

Neben der Förderung der Welt- und Menschenkenntnis dienten die Völkerschauen dazu, die europäische Bevölkerung für die Kolonialpolitik zu gewinnen.

Auch die vom eigenen Sendungsbewusstsein überzeugten Europäer verschlossen gerne die Augen vor den vielen negativen Auswirkungen des Kolonialismus. Dazu gehörten nicht nur häufige koloniale Missstände durch Herrenmenschen-Gebaren und abscheuliche Gräueltaten bei der Niederschlagung von Aufständen. Da die Bevölkerung in vielen Kolonien rücksichtslos den Interessen der Kolonialherren unterworfen wurde, mussten die Einheimischen meist gegen sehr geringen Lohn auf Plantagen oder in Bergwerken arbeiten, wurden enteignet oder zur Zwangsarbeit herangezogen. Viele Staaten schreckten nicht vor unnachsichtiger Härte bei der Unterdrückung von Aufständen oder vor brutaler Terrorherrschaft zurück, wie sie lange in Belgisch-Kongo praktiziert

### Nachteilige wirtschaftliche Strukturen

Die von den Kolonialmächten bestimmten wirtschaftlichen Strukturen sahen zwar den Export von Bodenschätzen oder Anbauprodukten ins Mutterland vor, kaum aber deren Verarbeitung in den Kolonien selbst. Diese blieben Rohstoffproduzenten und wurden nicht industrialisiert. Zugleich dienten sie als Absatzmärkte für Fertigwaren. Gefördert werden sollten das industrielle Wachstum und der Wohlstand des Mutterlandes.

Auch als nach dem Niedergang der europäischen Mächte seit dem Zweiten Weltkrieg etwa 120 ehemalige Kolonien oder Territorien frei von kolonialer Vorherrschaft wurden, verstummte der Vorwurf betroffener Länder und kritischer Beobachter nicht, die reichen Industrieländer und die großen multinationalen Konzerne betrieben

„Neokolonialismus“ oder „Neoimperialismus“; sie profitierten von den billigen Rohstoffen und Arbeitskräften und den niedrigen Sozialstandards der Dritten Welt.

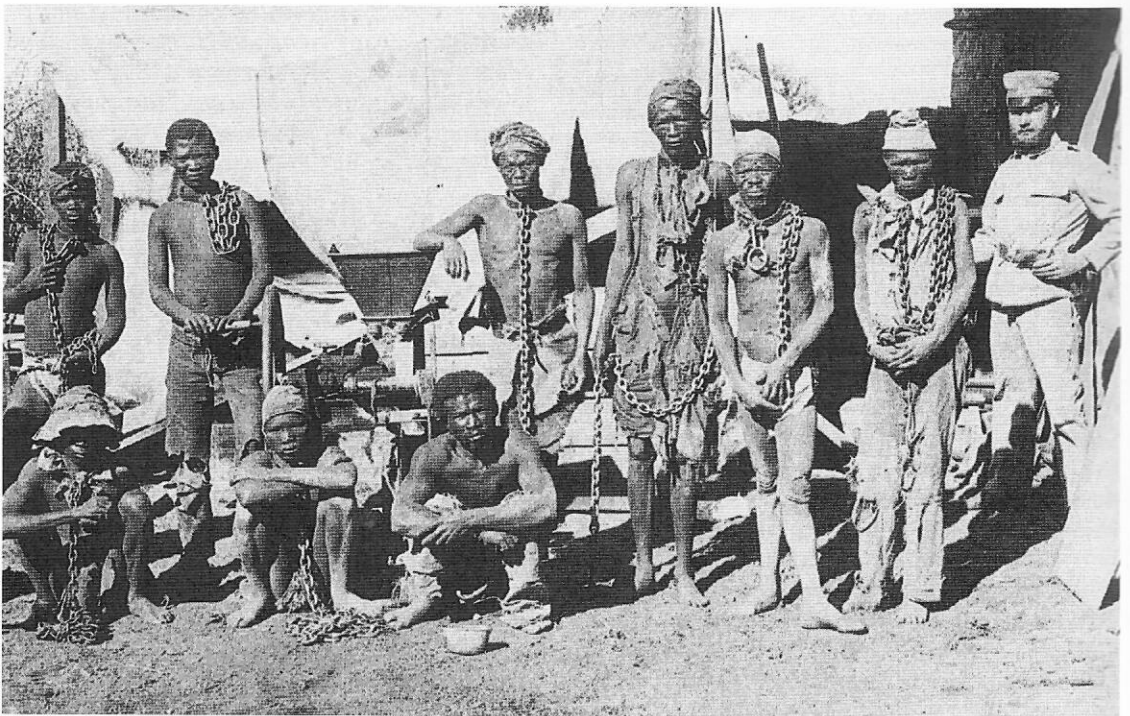
Dem mächtigen *Internationalen Währungsfonds* (IWF) wird vorgeworfen, Kreditgewährungen oder Schuldennachlässe für in finanzielle Schwierigkeiten geratene Staaten der Dritten Welt mit rigiden Stabilisierungsprogrammen zu verknüpfen, welche nicht nur die Selbstbestimmungsrechte der beteiligten Länder einschränkten, sondern zum Teil auch die Armut der Bevölkerung erhöhen würden. Ähnlich wird der Nutzen mancher Kredite und Zuschüsse der *Weltbank*, die ärmere Mitgliedsländer wirtschaftlich fördern soll, in Zweifel gezogen. Angegriffen werden auch die – mit Einzahlungsverpflichtungen verbundenen – Quoten und die Stimmrechte innerhalb des IWF. Bei den Verhandlungen um einen neuen Verteilungsschlüssel treten auch neuerdings unterschiedliche Interessen zwischen Industriestaaten und Schwellen- oder Entwicklungsländern sichtbar hervor.

## Deutschlands Einstieg in die Weltpolitik

Bismarck war es in seiner Regierungszeit gelungen, die europäischen Mächte vom Friedenswillen des Reichs zu überzeugen. Berauscht vom beeindruckenden wirtschaftlichen und militärischen Aufstieg erschien vielen Deutschen die der deutschen Außenpolitik vom Reichskanzler auferlegte Selbstbeschränkung zunehmend als unnötig vorsichtig und perspektivlos. In dem herausziehenden imperialistischen Zeitalter sollte auch Deutschland bei der Aufteilung der Erde nicht zu kurz kommen und „seinen Platz an der Sonne“<sup>1</sup> beanspruchen. Viele Politiker und Publizisten, Professoren und Wirtschaftsführer meinten, das Reich müsse den Sprung zur „Weltmacht“ wagen, wenn nicht auf lange Sicht sein Großmachtstatus in Europa gefährdet sein sollte (→ M2).

<sup>1</sup> Diese Metapher verwendete der damalige Staatssekretär des Außenministeriums und spätere Reichskanzler Bernhard von Bülow 1897 vor dem Reichstag.

Zwar erwarb das Reich schon 1884/85 in Afrika und Neuguinea seine ersten Kolonien. Aber erst Wilhelm II., der als 31-jähriger Bismarck aus dem Amt gedrängt hatte, wurde zum Repräsentanten des gewachsenen nationalen Selbstbewusstseins und der verbreiteten Aufbruchstimmung. „Ich führe euch herrlichen Zeiten entgegen“, versprach der rededreudige, gern forsch auftretende Monarch und fand dafür die Zustimmung aller, die mit ihm von einer weiteren Steigerung deutscher Größe träumten. Die Lautstärke, mit der dieses neue Streben nach Weltgeltung sich oft äußerte, trug den Deutschen den Ruf eines arroganten Störenfrieds ein; sie entsprach jedoch keineswegs den tatsächlichen Erfolgen in Übersee. Der allergrößte Teil des deutschen Kolonialbesitzes war noch zu Zeiten Bismarcks ohne übergreifendes Konzept von hanseatischen Handelsfirmen oder Privatpersonen erworben worden. Erst nach 1890 steigerte sich der Kolonialismus zum Imperialismus. Wie andere europäische Mächte arbeitete auch Deutschland am Ausbau der Stützpunkte in Afrika und im Pazifik (→ M3). Seit 1898 verwaltete das Reich alle Schutzgebiete selbst.



Gefangene Herero. Foto, nach 1904 (Ausschnitt).

Von den deutschen Kolonialherren in Deutsch-Südwestafrika unterdrückt und wirtschaftlich ausgebeutet, erhoben sich die Herero und anschließend das Volk der Nama. Nach dem Sieg in der Schlacht am Waterberg umzingelte die siegreiche deutsche Armee die flüchtenden Herero in einer wasserlosen Wüste. Wer von den wenigen Überlebenden nicht fliehen konnte, geriet in Kriegsgefangenschaft.





Die Kolonialreiche um 1914.

### Das Verhältnis zu England wird schlechter

Nachdrücklicher im Sinne der über Europa hinausgreifenden Weltpolitik wirkte das wirtschaftliche und politische Engagement Deutschlands im Vorderen Orient. Das Osmanische Reich galt seit Ende des 19. Jahrhunderts als bedeutendstes außereuropäisches Einflussgebiet. Mit dem Bau einer Eisenbahn von Konstantinopel/Istanbul zum Persischen Golf (*Bagdad-Bahn*, 1899–1903) ergab sich für die deutsche Wirtschaft ein willkommenes Expansionsfeld. Damit wuchs auch das Interesse Deutschlands an dem für die Verbindung zur Türkei wichtigen Balkan. Dabei setzte sich die kaiserliche Außenpolitik aber lange darüber hinweg, dass Russland und England den wachsenden deutschen Einfluss im Vorderen Orient als störend empfanden.

Der programmatische Übergang zur Weltpolitik um das Jahr 1897/1898 war begleitet von Anstrengungen zum Aufbau einer starken deutschen Kriegsmarine. Die Bedeutung einer eigenen Schlachtflotte wurde von *Alfred von Tirpitz*, dem Staatssekretär des Reichsmarineamtes, mit großem Agitationserfolg propagiert. Auch der Kaiser setzte sich nachdrücklich für das Flottenbauprogramm ein: „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser.“ Die Aufrüstung zur See sollte für England jeden Krieg mit Deutschland zu einem wirklichen Risiko werden lassen. Ein Sieg der englischen Flotte sollte zumindest so teuer erkaufte werden müssen, dass England anschließend seine Überlegenheit auf den Meeren nicht mehr sicher bewahren konnte

und sein Weltimperium gefährdet war. Dieser in Deutschland propagierte „Risikogedanke“ gefährdete das englische Ziel des *Two-Power-Standard*, also den Grundsatz, dass die britische Flotte mindestens die Stärke der beiden nächstgrößeren Seemächte aufweisen müsse. Überlegungen, England auf diese Weise an die Seite Deutschlands zu „zwingen“, erwiesen sich allerdings als Illusion und Wunschtraum.

### Einvernehmen zwischen Russland, Frankreich und Großbritannien

Bismarcks Nachfolger vertrauten lange darauf, dass die traditionellen weltpolitischen Rivalitäten zwischen England und Russland einerseits und kolonialpolitische Spannungen zwischen England und Frankreich andererseits der deutschen Außenpolitik breiteste Entfaltungsmöglichkeiten ließen. Deshalb waren sie nicht übermäßig beunruhigt, als Russland 1894 ein Defensivbündnis mit Frankreich schloss. Erstmals stand damit dem Dreibund eine Allianz anderer Großmächte gegenüber, und die von Bismarck mit großem Einfallsreichtum verhinderte antideutsche Koalition war Wirklichkeit geworden.

Umso gefährlicher war nun eine Politik, die Deutschland aus der Sicht Englands zu einem potenziell bedrohlichen Gegner machte und zu einer Neuausrichtung seiner Außen- und Bündnispolitik bewegte. Tatsächlich wurde vor allem durch den forcierten deutschen Flottenbau die Bereitschaft Großbritanniens zum Ausgleich mit Frankreich und